

Dresdner Nachrichten

Geegründet 1856

Druckort: Nachrichten Dresden.
Herausgeber-Gesellschaft: 25 241.
Kurz für Adressen: 20 011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

Vertriebspreis in Dresden und Vororten bei einmaliger Zustellung lautet bei ein- maliger Zahlung durch die Post (ohne Befreiung) 4,00 Mk., monatlich 2,00 Mk. Die einbändige 27 mm breite Zeitschrift hat 24 Ausgaben unter Stellen- und Wohnungsanzeigen, einbändige 28 mm breite 24 Ausgaben unter Stellen- und Wohnungsanzeigen gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 15 Pf., Sonntags 20 Pf.

Schiffvermittlung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 35/40.

Druck u. Verlag von Eberich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 19 395 Leipzig.

Redaktion war mit besond. Sorgfalt (Dresdner Red.) prüft. — Unersuchtige Schriftsätze werden nicht entnommen.

Frankreichs eiserne Faust im besetzten Gebiet.

Arbeitszwang im Saargebiet.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Genf, 10. Okt. Nach Pariser Meldungen wurde für das besetzte Saargebiet der Arbeitszwang eingeführt. Der „Temps“ meldet, daß infolge des Widerstandes der Arbeiterführer nicht nur der Belagerungszustand proklamiert wurde, sondern auch die Abschließung der zur Sabotage ansetzenden Arbeiterführer nach Frankreich angeordnet worden sei.

Paris, 10. Okt. Die „Bl. N.“ ist vom 25. September ab auf einen Monat für die Kreise Eupen und Malmedy verboten.

Der Demonstrationstreif im Saargebiet.

Paris, 10. Okt. Der Streif im Saargebiet, der auf das ganze lothringische Gebiet abzugreifen droht, wird als ein Akt demonstrierender Widerstandes gegen die französische Militärverwaltung dargestellt. Infolge des Belagerungszustandes, der im Industriegebiet noch verschärft wurde, sind alle politischen Versammlungen verboten, ebenso alle Ansammlungen über 15 Personen in Fabriksgebäuden, die als öffentliche Versammlungen angesehen werden. Im lothringischen Industriegebiet und im Saargebiet freiten bisher 20000 Häuten- und Metallarbeiter. Das französische Militär steht in allen Saarstädten in erhöhter Bereitschaft.

Die Unruhen in Saarbrücken und ihre Folgen.

Paris, 10. Okt. Agence Havas meldet aus Saarbrücken: Verdächtige Elemente versuchten am 9. September abends unter Ausnützung des Metallarbeiterausstandes Unruhen herbeizuführen. Eine Gruppe selbstorganisierter Leute, mit Revolvern bewaffnet, griff das Zentraltelegraphenamt an. Eine andere Bande organisierte die Handlungen, namentlich von Lebensmittel. Französische Truppen stellten die Ordnung wieder her, wobei ein französischer Soldat getötet wurde. Ein neuer Versuch, Unruhen zu stiften, scheiterte. Am 8. Oktober nahm der größte Teil der Ausständigen die Arbeit wieder auf, um nicht den Unruhen zu erwecken, als ob sie mit den Ausständigen gemeinsame Sache machten. Das Kriegsgericht verurteilte einen von diesen zum Tode und acht zu 20 Jahren Zwangsarbeit. (W. T. B.)

Der Grund für Mangins Abberufung.

Paris, 10. Okt. Nach einer Pariser Meldung liegt der Grund zu General Mangins Abberufung darin, daß er die Loslösung der Rheinprovinz von Preußen zu lebhaft gefördert haben soll.

Köln, 10. Okt. Zu der Meldung von der Abberufung des Generals Mangin von seinem Oberkommando in Mainz erfährt die „Adn. Volksztg.“, daß die 10. und 8. Armee als Formationen aufgelöst sind. Auch General Gerard in London wurde zur Disposition des Kriegsministers gestellt. Die französischen Truppen, die das Rheinland und die Pfalz besetzt halten, werden jetzt zu einer einzigen Armee verschmolzen, an deren Spitze General Degoutte, bisher Kommandant der 8. Armee, stehen wird. General Degoutte ist aus den Flandernkämpfen bekannt.

Genf, 10. Okt. Es behauptet sich, daß General Fanelles, ein besonderer Vorkämpfer Fochs, den Fochs des Chefs der ausgetretenen französischen Rheinarmee mit dem des Oberkommandanten der Inspektionskorps für die vertragmäßige deutsche Entlassung vertauscht. Fanelles wird von Foch besondere Beachtung erhalten.

Der Pariser Rat zu den Abplittierungsbestrebungen.

Rotterdam, 10. Okt. Die „Times“ meldet aus Paris, daß der Rat der Alliierten an die allierten Befehlshaber im besetzten deutschen Gebiete die Meinung gegeben habe, gegenüber Bestrebungen auf unbedingte Abplittierungen deutscher Reichsgebiete unbedingt Ineresslosigkeit zu wahren. Die Anordnung sei durch einen Befehl Marshall Fochs weitergegeben worden.

Die Friedensverträge im französischen Senat.

Paris, 10. Okt. Der Senat trat gestern in die Erörterung der Friedensverträge ein. Bourgeois als Berichterstatter sagte u. a. die Steuerfrage der Deutschen dürften nicht nur denjenigen der Angehörigen der alliierten Länder gleichgestellt werden, sondern müßten höher als diese sein. Zur Entlassung Deutschlands müßten die vorgeschlagenen Maßnahmen sofort nach der Ratifikation in die Tat umgesetzt werden. Clemenceau rief dazu: „Es befinden sich 100 französische Offiziere in Berlin, um darüber zu wachen!“ Bourgeois führte dann weiter aus, daß die Allianzverträge mit England und Amerika für Frankreich Garantien ersten Ranges gegen spätere deutsche Ueberfälle seien. Ich hoffe, fährt Redner fort, daß sich binnen kurzem auch Spanien uns anschließen wird. Die Zeit ist gekommen, um uns mit unseren Verbündeten über ein Vorgehen in Rußland ins Einvernehmen zu setzen. Es besteht für uns die Pflicht, das Eindringen Deutschlands in Rußland zu verhindern. Der Anschlag der Rede wird beschlossen, nachdem doch Lamarfelle sein Bedauern ausgesprochen hatte, daß der Vertrag ein geteiltes Deutschland zulasse.

Eine Proklamation der neuen türkischen Regierung.

Frankfurt a. M., 10. Okt. In Konsta hat sich die neue Regierung konstituiert und eine Proklamation erlassen, in der es heißt: Wir wünschen nicht, gegen fremde Mächte zu kämpfen. Wir werden mit unserem Leben dafür einstehen, daß unser Land nicht unter Fremdherrschaft gerät. Wir verlangen die Anwendung der Prinzipien Wilsons für die Türkei. Unsere Verantwortlichkeit wird geschützt durch die Waffen. Wir sind Muselmanen und leben unserem Sultan. Wir respektieren das Kalifat. Die ganze Nation von Westen nach Osten, von Erzerum bis Smyrna, ist dahin einig, daß die Rechte, die der armenischen Nation mit ihren 300000 Seelen zugesprochen wurden, auch der türkischen Nation, die 16 Millionen zählt, angebilligt werden.

Ein lettisches Ultimatum an Deutschland.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Rotterdam, 10. Okt. Die Londoner Zeitungen melden aus Riga, daß die britische Regierung den Deutschen eine letzte Frist zur Klärung des Saues bis 20. November gestellt habe. Nach diesem Tage würden die verbleibenden deutschen Truppen nicht mehr als kriegerische Macht (!) angesehen werden.

Berlin, 10. Okt. Der bisherige Oberbefehlshaber der deutschen Truppen in Rußland General Graf v. d. Goltz ist zurzeit noch ernstlich bemüht, den neuen Befehl der Reichsregierung den verschiedenen über das Land verstreuten Truppenverbänden nahe zu bringen, eine Arbeit, die bei den schlechten Verkehrsverhältnissen der Weg einige Zeit in Anspruch nehmen muß. Er wird darin von allen Offizieren seines Stabes unterstützt, und wird in eingehenden Verhandlungen die Angehörigen der Freiwilligenkorps zum Aufgeben ihres Widerstandes zu bewegen suchen. Inzwischen ist die Abklärung letzlicher Zustände nach Rußland durchgeführt, womit natürlich nicht gesagt ist, daß die Truppen heute schon verlagert werden müssen; denn selbstverständlich stehen ihnen noch die Vorräte der Etappe zur Verfügung, so daß sie für die nächste Zeit für ihre Versorgung nichts zu befürchten haben.

Kämpfe zwischen lettischen und russischen Truppen.

Mitau, 10. Okt. Die Kämpfe der lettischen und russischen Truppen zwischen Mitau und Riga dauern an. Es sind keine der deutschen Reichsregierung unterstehenden Truppen dabei beteiligt. (W. T. B.)

Rüdnigsberg, 10. Okt. Der russische Oberst Wira-

litisch, Kommandeur des 2. russischen freiwilligen Bataillons, hat durch Maueranschlag in Schaulen die von seinen Truppen besetzten Gebiete Litauens als russisches Gebiet erklärt. Die litauischen Truppen in Schaulen wurden durch Litauen entwaffnet, nachdem der litauische Kommandant und der Bürgermeister am Tage zuvor Schaulen verlassen hatten. Deutsche Truppen des noch in Schaulen stehenden Bataillons v. Diebitz sind am obigen Vorfall unbeteiligt. (W. T. B.)

Der Vormarsch Kollischs.

Amsterdam, 9. Oktober. Nach einer drahtlosen Meldung aus Paris dauert der Vormarsch Kollischs in Estland auf allen Linien fort. Nördlich von Tobolsk haben die Truppen Kollischs Gefangene gemacht, Maschinengewehre, Kanonen und Kriegsgeschütze erbeutet. (W. T. B.)

Bevorzugung deutscher Kriegsgefangener polnischer Nationalität.

Berlin, 10. Okt. Aus polnischen Blättern ist bekannt geworden, daß Frankreich bei der Abberufung polnischer Kriegsgefangener, die nach Danzig anständig sind, auch deutsche Kriegsgefangene polnischer Nationalität heimbeordert, also eine unterschiedliche Behandlung der noch in seiner Gewalt befindlichen deutschen Kriegsgefangenen eintreten läßt. Die deutsche Reaktion ist hiergegen vorkellig geworden.

Wenn die deutsche Regierung gegen eine unterschiedliche Behandlung unserer Kriegsgefangenen vorkellig wird, so hätte sie konsequenterweise auch Stellung nehmen müssen zu den Bemühungen ihres Ministers Erberger, der den Marshall Foch durch Bittbriefe zu diesem Verfahren anregte.

Italien und die Verbandsmächte.

Vern, 10. Okt. „Verfeveranza“ läßt sich in einer auffallend pessimistischen Darstellung aus Rom berichten, daß trotz der von London eingegangenen Verabredungen die Lage Italiens ernst sei. Man könne noch lange nicht von der Möglichkeit einer Italien bedrückenden Lösung der Frage von Rom sprechen. Aber auch die nationale Lage sei bedenklich, was am besten die Tatsache beweise, daß Italien zu einer überhöhten Ratifikation des Friedensvertrages gedrängt würde. Es sei aber nicht möglich gewesen, über den Friedensvertrag von Versailles weiter zu verhandeln, weil Amerika und England Italien einfach an der Wurzel genommen hätten. Dieses müsse sehr froh sein, wenn ihm eine auch nur die bescheidensten Interessen Italiens wahrende Lösung der Frage zueinander werden würde. — „Giornale d'Italia“ will befähigen können, daß Rume von Regierungstruppen unter General Badoglio besetzt werden soll. (W. T. B.)

Vergano, 10. Okt. Rume wird mit einem eigenen Kandidaten an den italienischen Wahlen teilnehmen.

Der Radikalismus der italienischen Sozialdemokratie

Vern, 10. Okt. In der Schlußsitzung des Bologner Sozialistenkongresses wurde hauptsächlich über die bei den Wahlen einzuschlagende Taktik gesprochen. Auch hier steigten wieder die maximalistischen (d. h. bolschewistischen) Vorschläge. Angenommen wurde eine Tagesordnung Turati. Danach müßte die Kandidatenliste die Billigung der Parteileitung haben, der auch das Recht zugeprochen wird, über die Parteizugehörigkeit der Gewählten zu entscheiden. In die Parteileitung wurden nur Maximalisten gewählt. Cazzari lehnte eine Wiederwahl als Parteisekretär ab. Die „Secolo“ mittelst, soll er beabsichtigen, für die Neuwahlen seine Anhänger und die Reformisten zusammenzuschließen. Die Maximalisten dagegen werden bei den Wahlen in gewisser Hinsicht isoliert bleiben. Die Entscheidung liegt bei den Gewerkschaften mit ihrer Willkür. (W. T. B.)

Vergano, 10. Okt. Der italienische Sozialistenkongress hat sich für die Diktatur des Proletariats, die Teilnahme an den Wahlen und den Eintritt in die dritte Internationale entschieden.

Der baltische Knoten.

Die baltische Frage will nicht zur Ruhe kommen. Zwar ist der Abtransport der Truppen befohlen, auch sind schon von den Befehlshabern die nötigen Befehle gegeben worden. General Eberhardt hat General v. d. Goltz erliebt, immer ergeben sich aber neue Verwicklungen. Major Bischoff hat (noch vor dem deutschen Rückzugsbefehl) seine Truppen aufgefordert, sich den Russen anzuschließen. „Die Regierung“, so sagt er, „ruft Euch zu: Legt die Waffen nieder. Genau wie im November 1918. Die Ihr damals bezogen worden seid, sollt Ihr jetzt betrogen werden.“ Die Entente will das deutsche Volk erschrecken, heute beruft sie sich auf den Paragraphen, morgen auf jenen, und schließlich stellt sie doch heraus, daß Deutschland das, was man von ihm verlangt, nicht leisten kann, daß es wider den Stachel, den man ihm ins Fleisch zu drücken sucht, ledern muß, um seiner eigenen Selbsterhaltung willen. So bleibt es sich gleich, ob wir heute widerstreben in einer Lage, die vielleicht ansichtslos ist, oder morgen, da wir noch schwächer, noch ärmer, noch hilfloser geworden sind und fürchten müssen, nur dummer Verzweiflung anheimzufallen. Das etwa ist der Sinn des Aufstufes des Majors Bischoff, den Roske — von seinem Standpunkt aus mit Recht — als eine Tat offenen Ungehorsams getadelt hat. Und doch darf sich Roske, darf sich die heutige Regierung nicht darüber wundern, daß solche Dinge geschehen. Es ist doch erst ein knappes Jahr her, seitdem man diejenigen, die nichts anderes taten als der Major im Baltikum, höchsten Ehren für würdig gehalten hat, und erst vor wenigen Tagen hat sich Scheidemann, der erste Ministerpräsident der Revolutionsregierung, im „Vorwärts“ gerühmt, in seiner Eigenschaft als Staatssekretär im vorigen Jahre der Presse der Linken die Propaganda für den Sturz des Kaisers freigegeben zu haben. Scheidemann ist, als er in die Regierung eintrat, eblich zur Treue für die Monarchie verpflichtet worden. Ob Major Bischoff und seine Truppen schon auf die neue Regierung vereidet sind, wissen wir nicht, aber selbst wenn es der Fall wäre, sein Aufstuf wäre nicht anders zu bewerten, als die Tat, auf die Scheidemann noch heute stolz ist, als das Wirken Roskes in Kiel in den ersten Novembertagen war, für das der Reichswehrminister bekanntlich auch heute noch einsehen zu können glaubt. Er hat damals von Kiel aus seinem Freund Scheidemann, wofür sich die „Kiel. Nachrichten“ verbürgen wollen, wörtlich telephoniert: „Phillip, Du mußt den Kaiser absetzen“. Und Phillip setzte ab und rief trotz seines Eides vom Balkon des Reichstagsgebäudes herab die Republik aus. Major Bischoff aber, er weigert sich nur, einem Befehl der Feinde Deutschlands zu folgen, einem Befehl freilich, dessen Ausführung die gegenwärtige deutsche Regierung übernommen hat. Aber sehen wir von alledem ab, so bleibt doch die grundsätzliche Feststellung, daß durch die Revolution, durch die augenblicklichen Machtüber die altüberbrachten Begriffe des unbedingten und blinden Gehorsams, der absoluten Mannentreu, die gerade im Herzen des deutschen Soldaten tief verwurzelt war, so stark erschüttert worden sind, daß Roske sich nicht wundern und erst recht sich nicht empören sollte über eine Tat, wie die des baltischen Majors. In ihr sind doch nur Früchte zur Reife gelangt, deren Samen im vorigen Jahre ausgestreut worden sind.

Es geht nun natürlich nicht an, diese Frage ausschließlich unter dem Gesichtswinkel der deutschen Revolutionspolitik zu betrachten. Wir kommen an der Tatsache nicht vorbei, daß der Verband den Rückzug der deutschen Truppen mit allem Nachdruck fordert, daß er uns für den Fall der Belagerung mit der Wiederaufnahme des Hungerringes bedroht hat. Es will uns freilich sehr zweifelhaft erscheinen, ob die Drohung ohne weiteres verwirklicht werden könnte. England hat den Frieden ratifiziert, Japan ebenso, in Italien wird eben jetzt durch königliches Dekret der Friedenszustand erklärt, in Frankreich ist der Vertrag von der Kammer soeben genehmigt und wird demnächst zweifellos auch vom Senat gebilligt werden. Unter diesen Umständen könnten die Verbandsmächte, selbst wenn sie in der baltischen Frage einig wären, nicht ohne weiteres mit kriegerischen Maßnahmen vorgehen. Das ihnen eine Reihe anderer Druckmittel zur Verfügung steht, ist klar und darf selbstverständlich nicht übersehen werden. Wir befinden uns auch nach der Ratifikation völlig in der Gewalt unserer Feinde und haben gar kein Mittel, ihnen irgendwie offenen Widerstand zu leisten. Wohl aber müssen wir uns darüber klar werden, daß die Dinge im Baltikum keineswegs so eindeutig liegen, wie mancher wohl nach den Reden unserer Minister glauben möchte. Der Bund der baltischen Staaten ist erst im Aufbau fertig, praktische Bedeutung hat er noch nicht; jedenfalls ist es ihm noch nicht gelungen, die vielberedeten Friedensverhandlungen mit der Sowjetregierung einzuleiten. Das lag daran, weil England in Riga eine Politik mit doppeltem Boden macht. Es unterstützt mit der einen Hand die jungen Randstaaten und verhindert mit der anderen, daß sie zum Frieden kommen. Denn dann würde Trotkin in die Lage versetzt, seine Truppen vom Norden wegzunehmen und sich mit aller Gewalt auf Denikin im Süden zu stürzen. Denikin arbeitet aber im englich-französischen Interesse. Er hat die Ukraine mit Pariser und Londoner Geld erobert und soll dafür späterhin Zinsen bezahlen. Nach der an anderer Stelle wiedergegebenen Veröffentlichung französischer Geheimdokumente über die Ukraine kann ein Zweifel über